

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Berater“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Mai 85.— Mk., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Unter Streifenbezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Lützenburg 69.— Mk., für das übrige Ausland 87.— Mk.

Die schlagkräftigste Monatsbeilage über deren Raum kostet 18.— Mk., einschließlich Anzeigensteuer. Als eine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,50 Mk., jedes weitere Wort 1,75 Mk., einschließlich Anzeigensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12.— Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Monats-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk.

Vertriebspreis Zentrum 153 00—152 00

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor dem Ende der Konferenz

Unüberbrückbare Gegensätze

Die neueste Krise in Genua scheint nun wirklich die letzte und endgültige zu sein. Sie dreht sich im wesentlichen wieder um das russische Problem, das ja als der Angelpunkt der ganzen Konferenz zu gelten hat. Bekanntlich war das Memorandum mit den Forderungen an Rußland erst nach langem Zögern von den Franzosen unterzeichnet worden, und auch nur unter dem Vorbehalt, daß die Pariser Regierung ihre nachträgliche Zustimmung erteile, während die Belgier ihre Unterschrift unbedingt verweigerten.

Der Führer der französischen Delegation, Barthou, der zur Berichterstattung nach Paris gefahren war, ist nun zurückgekehrt mit der Instruktion, seine Unterschrift zurückzuziehen, wenn die Belgier nicht gleichfalls unterschreiben. Um das zu ermöglichen, hat er vorgeschlagen, die Forderung des Artikels 7 derart zu verändern, daß die Rechte auf die Rückgabe des Privateigentums bestehen bleiben.

Lloyd George hat darauf erklärt, daß man erst die Antwort der Russen abwarten müsse, über die im übrigen das große Rätselraten weitergeht. Man braucht die Depeschen, mit denen die Sowjetdelegation von allen möglichen Organisationen aus Rußland überschüttet wird, und die sie zum Widerstand auffordern, nicht allzu ernst zu nehmen, aber sicher ist doch so viel, daß es für die bolschewistische Regierung unmöglich ist, sämtliche Sozialisierungsmaßnahmen rückgängig zu machen.

Inzwischen werden von verschiedenen Seiten Versuche gemacht, den Riß der Konferenz noch einmal zusammenzuleimen. Neben den Italienern, die schon ihre Stellung als Vorkämpfer dazu bestimmt, ist neuerdings auch die Kleine Entente in dieser Richtung tätig. Die rumänische Delegation hat erklärt, die Verbindung ihrer Regierung mit dem Reichswehrminister Brangel bestände nicht, und die Polen schlagen, um wenigstens etwas zu retten, vor, daß eine Sachverständigenkommission die Verhältnisse in Rußland prüfen solle, die nach einer Vertragspause dann endgültige Entschlüsse zu fassen hätte.

Der Grund für diese Haltung der Kleinen Entente, die bisher mit Recht nur als ein Anhängsel Frankreichs angesehen wurde, liegt in der Hoffnung, durch den „Friedenspakt“ ihre Grenzen gegenüber Rußland garantiert zu erhalten. Die Tschechoslowakei grenzt allerdings nicht an Rußland, aber sie steht vor dem Abbruch eines Wirtschaftsabkommens mit Rußland, das durch den Abbruch der Konferenz leicht ins Wasser fallen könnte.

Trotzdem, die Gegensätze sind wohl zu groß, um restlos ausgeglichen werden zu können. Vielleicht wird die Konferenz weitergeschleppt werden, um ein paar farblose Resolutionen und Ratschläge zustandezubringen, vielleicht wird man sich auch auf den „Gottesfrieden“ einigen, ohne ihn durch wirksame Maßnahmen auch zu sichern — in dem entscheidenden Punkte, dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft, muß die Konferenz, wenn nicht noch große Veränderungen eintreten, als gescheitert gelten.

Arbeiterfragen in Genua

Kein Interesse für die Angelegenheiten des Proletariats

(Sonderbericht des „Intel“.)

Genua, 8. Mai.

Die Wirtschaftskommission hat, nachdem ihre letzte Unterkommission, der die Behandlung der Arbeitsfragen zugewiesen worden war, ihre Arbeiten abgeschlossen hat, ihre Sitzungen ebenfalls einstellt. Wie diese Kommission ihre Arbeiten erledigte, geht aus Neuierungen des italienischen Delegierten in dieser Kommission, Cabrini, hervor. Cabrini beklagte sich mit Bitterkeit darüber, wie die Arbeitsfragen von dieser Sonderkommission behandelt wurden. Er führte aus, daß zwischen den Entschleßungen dieser Kommission und den von den Konferenzen des Internationalen Arbeitsamtes in Washington und Genf gefassten Resolutionen ein ungeheurer Riß klaffe. Die Wirtschaftskommission habe es sogar für notwendig erachtet, diese Tatsache ausdrücklich damit zu erklären, daß man nicht mehr in jenen Zeiten lebe, in denen das Internationale Arbeitsamt gegründet wurde und die Resolutionen von Genf und Washington zur Annahme gelangten. Anträge der Gewerkschaften, durch ein Votum die Ratifizierung der in Genf und Washington angenommenen Resolutionen zu verlangen, wurden sowohl in der Wirtschafts- als in der Zentralkommission zurückgewiesen. In der Sonderkommission habe nur der italienische Delegierte dafür gestimmt, daß die einzelnen auf der Konferenz von Genua vertretenen Regierungen die vom Internationalen Arbeitsamt vorgeschlagenen Entschleßungen berücksichtigen möchten, und nur der deutsche Vertreter habe eine größere Beachtung der von

der Arbeiterklasse aufgestellten Forderungen angeregt. In der Plenarsitzung der Wirtschaftskommission jedoch war der russische Vertreter Rakowski der einzige, der forderte, die Regierungen sollten sich verpflichten, die in Washington angenommenen Resolutionen ihren Parlamenten zur Beratung vorzulegen. Rakowski war aber der einzige, der für seinen Antrag stimmte.

Wie Europa gerettet wird

Aus dem Stimmungsbericht des Genuaer Korrespondenten der Agentur Europa-Press geben wir die folgenden charakteristischen Stellen wieder, aus denen man ersehen kann, auf welche Weise die Konferenzteilnehmer am Wiederaufbau arbeiten.

Wenn einmal zusammengerechnet wird, was das herrliche Genua an dieser Konferenz verdient hat, welche Summen die zweihundertfünfzig Delegationen hier gelassen haben, welche Unsummen Telefon- und Telegraphendrohnen verschlungen haben, um der Welt das Recht der Konferenz zu malen, wird festgestellt werden können, daß diese Summe, wenn auch nicht gerade zur Bedienung einer Valuta, so doch ausgereicht hätte, um Hunderttausenden von Kindern etwas Daseinsfreude zu schenken.

Das Elend Europas ist niemals in düsteren Farben gemalt worden als in den schönen Reden, die hier das Licht des Tages erblinden, und wohl nie ist sinnloser auf dem Bankrott der Völker herumgetreten worden als hier auf dieser Wirtschaftskonferenz. Niemals, oder sagen wir: schon lange nicht mehr, hat die Spielbank in Kapallo so gute Geschäfte gemacht. Les jeux sont faits, ... rien ne va plus. Der Ball rollt über das blanke Brett, schlägt Kreis um Kreis, rollt über Zahlen und tausend Hoffnungen, torzelt auf der Kante herum und kulvert zur Eins überüber. ... Scheine türmen sich zu Haufen und schwinden wieder. Franken gebären das Soudsovietsche an Virescheinen. Hunderttausende von Marknoten zerfallen in das Nirnichts. ... Oierige Hände raffen Gewonnenes zusammen, alternde Financiers zerfallen letzte Scheine. Ewig dauern die Nächte, und das Tagesgrauen sieht müde Gesichter in die Zettel des Delegationszuges geleht.

Europa ist zusammengesunken. Ein paar hundert Minister, zehnmal mehr Legationsbedienten, Sekretäre, Geheimräte aller Nationen, Geheimne Expedienten, Chiffrenre, Deschiffreure und Sachverständige wählen mit spitzen Federn in den blutenden Wunden, und wenn nachts in den Zingeltanaceln Genuas eine Jazzbande ihr stundebedreudendes Getöse loslegt, knallen die Sektpropfen, buhlen die Retter Europas um die Günstig geschminkter Genuaerinnen aus der Kletterkrise in Berlin.

Rußlands Aufbaubedarf

(CP.) Genua, 7. Mai

Der russische Delegierte Rakowski hat in einem amtlichen Memorandum behauptet, daß die Räterregierung drei Milliarden Goldrubel oder 8 1/2 Milliarden Goldfrancs als den für den Wiederaufbau Rußlands in der nächsten dreier Jahre benötigten Betrag bezeichnet. Diese Kreditforderung ist von Tschitcherin auch Lloyd George und Schanger genannt worden.

Birth noch einmal bei Lloyd George

(CP.) Genua, 8. Mai

Reichsfinanzler Dr. Birth hatte Sonntag nachmittag eine neue zweistündige Unterredung mit Lloyd George. Dr. Rathenau war zu gleicher Zeit durch eine andere Besprechung in Anspruch genommen.

Einheitsfront und Kommunisten

(CP.) Paris, 7. Mai

Heute wurde der Kongreß der kommunistischen Partei im Seine-Departement eröffnet. Es wurde ein Antrag angenommen, worin die Einladung des Exekutivausschusses der französischen kommunistischen Partei auf den 11. Mai gefordert wird, um die Maßnahmen gegen die Kriegsgefahr zu beraten. Der Gegenantrag, der eine sofortige gemeinsame Beratung über diesen Gegenstand durch alle sozialistischen, kommunistischen und gewerkschaftlichen Organisationen Frankreichs forderte, wurde abgewiesen, da derselbe der Einheitspolitik der kommunistischen Partei zuwiderläuft.

Weil die Einheitsfront der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften der sogenannten Einheitsfront, wie sie die Kommunisten fordern, zuwiderläuft, sind sie gegen die einheitliche Aktion der Arbeiter. Zur Charakterisierung des kommunistischen Einheitsgeheißes, das die Kommunisten in Deutschland erheben, ein ganz netter Beitrag.

Klarheit in Braunschweig

Die USPD fordert Auflösung und Neuwahlen.

In Braunschweig ist bekanntlich die sozialistische Regierung gestürzt durch die Schurkerei des Exgeuoffen Lertzer. Die Wahl am 2. Januar d. J. hatte eine Landtagsmehrheit der drei sozialistischen Parteien von 2 Stimmen ergeben. Es standen 17 Unabhängigen, 12 Rechtssozialisten und 2 Kommunisten — also 31 Sozialisten — gegenüber 6 Demokraten und 23 Mitglieder des reaktionären Landeswahlverbandes — also 29 Bürgerliche. Der Landeswahlverband umfaßt 3 Deutschnationale, 14 Volksparteiler, 3 Mittelständler, 2 Wesen und einen Zentrumsmann. Lertzers Ueberlaufen zur Reaktion hat die sozialistische Mehrheit gebrochen, jetzt stehen 30 Sozialisten 30 Reaktionen gegenüber. Das hat der Landeswahlverband ausgenutzt zum Sturz der Regierung. Da ein Vertrauensvotum mit Stimmengleichheit abgelehnt worden wäre, stellte er ein Vertrauensvotum, das er selber nebst den Demokraten und dem Neugegaten Lertzer dann ablehnte. Da durch Zufall ein Kommunist fehlte, wurden gegen das Vertrauensvotum 30 und dafür nur 29 Stimmen abgegeben, aber auch die Abgabe der einen fehlenden kommunistischen Stimme hätte, da Stimmengleichheit eingetreten wäre, keine positive Mehrheit für die Regierung ergeben. Der Rücktritt der Regierung war dann Lertzers Felonie unvermeidlich.

Zu der nimmehr geschaffenen Situation hat am Sonnabend, den 6. Mai, in Braunschweig eine Sitzung der leitenden Parteiführerschaften der USPD. Stellung genommen. An ihr nahmen teil: der Bezirksvorstand Braunschweig, die Kreisvorsände und die Landtagsfraktion, sowie ein Mitglied der Zentralkommission der Gesamtpartei. Das Resultat der kurzen, und doch alle Momente erwägenden sachlichen Aussprache, wurde mit 50 gegen 3 Stimmen zusammengefaßt in der nachstehenden

Resolution:

„Der gegenwärtige Landtag ist am 22. Januar 1922 unter der Parole: „Sozialistische oder bürgerlich-kapitalistische Regierung“ gewählt worden. Die Wahlen ergaben eine Mehrheit der drei sozialistischen Parteien im Landtage. Die daraufhin erfolgte Bildung der bisherigen sozialistischen Regierung entsprach dem Willen der sozialistischen Wählermehrheit.

Durch den Uebertritt des Neugegaten Lertzer auf die Seite der bürgerlich-kapitalistischen Minderheit des Landtages ist Stimmengleichheit im Landtag herbeigeführt, der sozialistischen Regierung die Basis entzogen und der Wählerwille verflüchtigt worden. Die sozialistischen Parteien sind verhindert, die Erwartungen ihrer Wähler zu erfüllen und die Landesgesetzgebung sowie die Politik der Landesregierung nach dem im Wahlkampf von ihnen vertretenen Programm zu gestalten.

Das hat sich am 4. Mai dieses Jahres bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Regierung klar gezeigt und würde sich fortgesetzt auf neue herausstellen, solange die Zusammensetzung des Landtages unverändert bleibt.

Jeder Versuch, durch Hinzuziehung bürgerlich-kapitalistischer Parteien eine neue Regierung zu bilden, würde eine Vergewaltigung des klaren Willens der sozialistischen Wählermehrheit bedeuten. Die sogenannte „Kleine Koalition“ mit den Demokraten, die in allen wichtigen Fragen Bundesgenossen des reaktionären Landeswahlverbandes sind, brächte die sozialistische Wählermehrheit genau so um ihren entscheidenden Einfluß auf die Landesgesetzgebung und die Politik der Landesregierung, wie die sogenannte „große Koalition“ von den Rechtssozialisten bis zur Deutschen Volkspartei.

Ein solches parlamentarisches Schachergeschäft wäre eine Mißachtung und Verleugnung der demokratischen und sozialistischen Grundzüge, denn die sozialistische Wählermehrheit im Lande hat ein Recht darauf, daß ihr ermöglicht wird, die ihr entsprechende Mehrheit im Landtag wieder herzustellen und dadurch ihren Willen in der Landesgesetzgebung, sowie die Neubildung einer sozialistischen Regierung durchzusetzen.

Deshalb fordert die Unabhängige Sozialdemokratische Partei die Auflösung des Landtages und die sofortige Vornahme von Neuwahlen.“

Diese Stellungnahme der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei läßt die Situation. Sie läßt nur noch zwei Möglichkeiten offen, über die jetzt die Rechtssozialisten zu entscheiden haben. Entweder fordern diese jetzt mit der USPD, den Appell an die Wähler, oder aber sie machen die „große Koalition“, die „Kleine Koalition“ mit den Demokraten ist durch den Beschluß unserer Partei erledigt. Der böse Geist

Der Braunschweiger Rechtssozialist, der pathologisch-schrankenlose Rechtsanwalt Jasper, arbeitet seit langem auf die „große Koalition“ hin und versucht seinen Antipoden in seiner Partei, den „Nachtstundenredner“ Antick Ialzustellen. Zweifellos wird Jasper jetzt alles daran setzen, durch Ausmalung der Folgen einer eventuellen Wahlniederlage der drei sozialistischen Parteien seine Partei von einem Appell an die Wähler abzuführen und für die „große Koalition“ zu gewinnen.

Unsere Partei faßt die Demokratie grundsätzlich auf und verlangt die Entscheidung der Wähler, ganz gleich, ob sie für oder gegen uns ausfällt. Unsere Braunschweiger Genossen fürchten die Entscheidung der Wähler keineswegs, sie rüsten bereits mit Energie und Begeisterung zu neuem frisch-fröhlichem Wahlkampf.

Ein wertvolles Eingeständnis

Vor dem Verein deutscher Eisen- und Stahlindustriellen hielt bei ihrer kürzlichen Berliner Tagung der deutschvolksparteiliche Reichstagsabgeordnete und ehemalige preussische Finanzminister Dr. Veder ein Referat über unsere Steuerpolitik. Die „Nationalliberale Korrespondenz“, das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, bringt einen Auszug aus dieser Rede, in der wir neben der interessanten Feststellung, das während des Krieges steuerlich mehr hätte geschehen können und das das deutsche Volk (soll wohl heißen die Zahlungsfähigen) wenig Opferfreudigkeit gezeigt hätte, das folgende wertvolle Eingeständnis über das Steuerkompromiß finden:

„Durch das Steuerkompromiß, das gewiß nicht voll befriedigen kann, ist doch erreicht, daß bei der Vermögenssteuer Bewertungsgrundlagen geschaffen sind, die für die Wirtschaft tragfähig sind, daß bei der Vermögenszuwachssteuer der Geldentwertung Rechnung getragen, im Körperschaftsteuergesetz für die dem Betrieb verbleibenden Erträge ein mäßiger Steuerfuß und Aneinanderrechnung des Steuerbetrages des Gesellschafters erreicht, die Nachkriegsgewinnsteuer beseitigt, die Umsatzsteuer auf 2 Prozent ermäßigt (richtiger erhöht, Red. der „Freiheit“) und die Steuerbefreiung der Genossenschaften usw. verhängt, der fortschreitenden Kommunalisierung durch steuerliche Gleichstellung der kommunalen mit privaten Betrieben entgegenwirkt ist. Die Zwangsanleihe ist wohl das kleinste der Uebel, die die Wirtschaft ohne das Kompromiß getroffen hätten. Unter allen Umständen wäre ohne das Kompromiß eine politische und wirtschaftliche Verunsicherung von unabsehbaren Folgen unausbleiblich gewesen.“

Daraus erhellt, was übrigens Herr Dr. Veder früher schon im „Tag“ auseinandergesetzt, daß das Steuerkompromiß die Kreise um Stinnes vollkommen befriedigt, weil die Besitzenden, dank der Haltung der Rechtssozialisten, geschont und die Steuerlasten in der Hauptsache den breiten Massen aufgebürdet wurden.

Die Bekämpfung unzüchtiger Schriften

Bei der Bekämpfung unzüchtiger Schriften haben sich, wie der preussische Justizminister in einer Allgemeinen Verfügung betont, „Anzuträglichkeiten“ daraus ergeben, daß häufig wegen einer und derselben Schrift neben- oder nacheinander verschiedene Staatsanwaltschaften einschreiten und verschiedene Gerichte mit der Aburteilung befaßt werden. Hierdurch entsteht nicht nur ein nutzloser Mehraufwand an Zeit, Arbeit und Kosten, sondern dieser Zustand birgt die Gefahr in sich, daß voneinander abweichende Entscheidungen gefällt werden und daß Verurteilungen von Buchhändlern, die die Schriften verbreitet haben, vorkommen, während Verfasser und Verleger unbefehligt bleiben, ferner, daß die Unbrauchbarmachung sämtlicher Stadi der Schrift mit Wirkung für das ganze Reichsgebiet ausgesprochen wird, ohne daß die am schwersten hiervon Betroffenen Gelegenheit gehabt hätten, in dem Verfahren ihre Interessen wahrzunehmen.

Um diesen Anzuträglichkeiten tunlichst abzuwehren, erläßt der preussische Justizminister, wie den P. P. N. von zureichender Seite mitgeteilt wird, an die Staatsanwaltschaften eine Reihe von Anweisungen für das Verfahren bei der Bekämpfung der unzüchtigen Schriften. Ansehts des händigen Anwachsens dieser Schriften und der großen Gefahr, die sie für die moralische und körperliche Gesundheit unseres Volkes bedeuten, ist, so schließt der Justizminister seine Verfügung, ein nachdrückliches Einschreiten gegen sie dringend geboten.

Wir vermessen bisher eine Anweisung, die sich gegen die Auswüchse der Unzüchtigkeitshäuferei richtet, wie sie z. B. in dem „Reigen“-Prozess hervortrat. Es ist eine dringende Forderung, daß die Zensurrechte der Gerichte so begrenzt werden, daß sie nicht zu reaktionären Demonstrationen mißbraucht werden können.

Föderalismus und Konkordat

Tagung der Bayerischen Volkspartei

In Würzburg hielt der Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei eine Tagung ab, über die die „Germania“ berichtet. In dem Geschäftsbericht des Generalsekretärs wurde die „erkennliche Tatsache“ konstatiert, daß der föderalistische Gedanke nicht nur in Bayern, sondern in dem ganzen Reich auf dem Marsche ist. Die im Anschluß daran angenommene Entschließung ist sehr interessant, weil sogar der übliche Fehlsinn von der selbstverständlichen Erhaltung der Einheit des Reiches darin fehlt. Man billigt lediglich „die Maßnahmen zur Förderung und Zusammenfassung der föderalistischen Bewegung“. Auch in dem Referat, das der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Abgeordneter Veid, hielt, wurden ähnliche Töne angeschlagen. Er erklärte, daß man in Berlin zwar in der letzten Zeit etwas „vernünftiger und einsichtsvoller“ geworden sei, daß man der Bayerischen Volkspartei aber trotzdem nicht den Vorwurf machen dürfe, sie verfolge die Revision der Reichsverfassung weniger energisch als bisher.

Es wurde dann über die Frage des Konkordats mit dem Vatikan gesprochen, über das die bayerische Regierung seit längerer Zeit verhandelt, ohne daß die Öffentlichkeit und wie es scheint auch die Reichsregierung darüber unterrichtet werden. Man war sich darüber einig, daß diese Verhandlungen beschleunigt werden müßten, damit, wie der Reichstagsabgeordnete Leicht ausführte, sich die Reichsregierung nicht in diese Frage einmischen könne. Herr Veid erklärte, daß der Staat bei dem Vertrag mit dem Vatikan Opfer bringen müsse, aber er würde ja dafür von der Kirche wertvolle Gegenleistungen erhalten!

Wir haben schon wiederholt die Regierung aufgefordert, sich endlich einmal zu diesen Verhandlungen zwischen Bayern und dem Vatikan zu äußern. Es ist ein undenkbarer Zustand und steht durchaus im Gegensatz zu der Reichsverfassung, daß in einer so wichtigen Frage ein einzelnes Land Verträge mit einer ausländischen Macht schließt. Die Reaktion in Bayern ist schon stark genug. Wir haben ein Recht, zu erfahren, was für ein Bündnis zum Zwecke der Volksverdummung mit den Pfaffen geplant wird.

Schießende Jugend

Wir haben uns dieser Tage mit den verkappten Kontrollverammlungen beschäftigt, die das reaktionäre Beamtentum im Bunde mit abgetakelten wilhelminischen Offizieren und dergleichen Leuten allenthalben in Deutschland immer noch abhält.

Nun gehen die Herrschaften, da sie sich ihrer Sache offenbar recht sicher fühlen, schon so weit, sogar die Jugend zu Schießübungen zusammenzubringen. Vor uns liegt die Nummer 91 der „Rantwiger Nachrichten“ vom Jahre 1922. In dieser Nummer ruft ein gewisser O. Päßler die Jugendgruppe Rantwig der Deutschen Volkspartei unter dem bekannten alten Schützenbruder-Motto „Neb' Aug' und Hand fürs Vaterland“ auf, sich zum Zwecke der Ausbildung im Schießen zusammenzutun! Wie die Geschichte gemeint ist, das geht klar aus einem einzigen Satz dieses Aufrufs hervor: „Ich bin der Meinung, man kann in unserer Zeit Material schnell beschaffen, nicht aber den Geist zur Handhabung desselben!“ Herr Päßler macht zum Schluß darauf aufmerksam, der Schießverein unter Erzellens George habe es übernommen, die Mitglieder der Jugendgruppe im Schießen auszubilden und „jeder Deutschdenkende, der den Glauben an unsere Zukunft hat“, könne unentgeltlich daran teilnehmen. Näheres ist beim Vorsitzenden der Jugendgruppe, Herrn Meinel, in der Viktorialstraße 46, zu erfahren!

Das Schießen hat bereits am 30. April begonnen. Die Gelder sind in Händen des Direktors Perschmann in

Ein Waggon Druckpapier

das sind 10 000 Kilogramm, kostete:

Vor dem Kriege	2 000 Mark
1. Oktober 1921	32 000
1. Dezember 1921	34 000
1. Januar 1922	63 000
1. Februar 1922	75 000
1. März 1922	84 000
1. April 1922	132 000
1. Mai 1922	175 000

Jeder Leser erhält monatlich 1,5 Kilogramm Papier, allein die Papierkosten betragen demnach für jeden Leser 26,00 Mark monatlich. Dazu kommen noch Fracht und Botenlohn.

Die 33 Mark für das Abonnement der „Freiheit“ werden also zu rund 1/2, allein für das unbedruckte Papier verbraucht.

der Altheimer Straße. Wer aber glaubt, die Herrschaften nähmen jeden braven Jüngling in diesen Schießverein auf, der irrt sich. Als sich letzter Tage ein bekannter Genosse aus der Sozialistischen Proletarierjugend meldete, wurde er glatt abgelehnt. Wahrscheinlich ist er den schiefwärtigen Herrschaften nicht „deutschdenkend“ genug. Wir aber fragen: Was ist das wieder für ein Unfug, und was sagt der Reichswehrminister, die Regierung, die öffentliche Meinung, soweit sie nicht chauvinistisch verneint ist, zu diesem überaus gefährlichen Spiel mit dem Feuer? —

„Herrschaften“ und „Dienstmädchen“

Auf die Beratung des Heimgehilfengesetzes im sozialpolitischen Ausschuss des vorläufigen Reichs-Wirtschaftsrats haben wir bereits kurz hingewiesen. Aber der Verlauf der Beratung bedarf doch noch eines näheren Eingehens. Bei den Bestimmungen über die Pflichten der Hausgehilfen wünschten die Arbeitgeber, daß dem Gesetz der ursprüngliche Zusatz aus der Reglementierung wieder einverleibt werde, wonach der Hausgehilfe die Interessen des Arbeitgebers wahrzunehmen, sich einwandfrei zu führen und sich den Verhältnissen des Haushalts anzupassen hat. Es fehlt nur noch, daß für die Herrschaft das Prügelrecht gefordert wird, falls der Hausgehilfe bzw. die Hausgehilfin nicht in jeder Richtung gefügig ist. Glücklicherweise wurde der Antrag der Arbeitgeber mit Stimmentheilsheit abgelehnt.

Ueber die Beförderung wurde bestimmt, daß sie auskömmlich und der Haushaltsgeldführung entsprechend sein muß, eine Fassung, die wir nicht für sehr glücklich halten, weil sie vieldeutig und zugleich nichtslegend ist.

Umstritten ward die Frage der täglichen ununterbrochenen eifständigen Ruhezeit. Auch in diesem Punkte wünschten die Arbeitgeber so viele Ausnahmen, daß die Bestimmung hinfallen würde. Schließlich einigte man sich auf eine Fassung, die die Ausnahmen beschränkt.

Trotz bestiger Anstürme gegen die Gewährung eines einwöchigen Urlaubes seitens der Arbeitgeber blieb es bei der Fassung, wonach Hausgehilfen nach einem Monat Dienst im gleichen Haushalt einen Urlaub von mindestens einer Woche, nach zwei Jahren von zwei Wochen und nach drei Jahren von drei Wochen zusteht.

In der Gesamtabstimmung wurde der Gesetzesentwurf mit 9 zu 4 Stimmen (christl. Gewerkschaften) abgelehnt. Die Arbeitnehmer der freien Gewerkschaften enthielten sich dabei der Stimme. Sie gaben zu dieser Stellungnahme die Erklärung ab, daß sie dem Gesetzesentwurf nicht zustimmen könnten, weil er keine festumgrenzte Arbeitszeit vorsieht.

Ein „echter“ deutscher Richter

In Karlsdorf besteht seit kurzem eine Ortsgruppe des „Deutschen Jugendbundes“. Zu der Gründungsverammlung wurde durch ein Schreiben eingeladen, in dem sich folgende Sätze befinden:

„Ihr kennt alle den gegenwärtigen Tiefstand unseres deutschen Vaterlandes: Das Kaiserthum ist gestürzt, Zwietracht ist in unser Volk eingezogen, machtlos ist das Reich,

ein Spielball fremden Willens. Unbeutliche, Fremdrassige Hochverräter, die ihre größte Freude über den dummen Michel, der sich die „glorreiche“ Revolution vom 9. November ruhig gefallen ließ, empfanden, sind an all diesem schuld. Wer die alten Zeiten jedoch für schöner hält, wird beschimpft, mit Handgranaten beworfen oder durch Maschinengewehre zerlöchert, vielleicht auch wegen Beleidigung des „republikanischen Volksempfindens“ mit Zuchthaus bestraft.

Trotzdem wollen wir, die nationale Jugend, uns nicht abschrecken lassen, sondern uns furchtlos und treu zu den alten Farben Schwarz-weiß-rot bekennen. Wir haben die Pflicht, die Erinnerung an Kaiser und Reich, an Macht und Größe hoch und heilig zu halten. Wir wissen, daß auf unseren Schultern die Zukunft des Vaterlandes liegt, die Zukunft eines neuen Bismarckreiches, eines neuen deutschen Kaiserreiches.“

Der Mann, der dieses geschrieben hat, sagt bewußt die Unwahrheit. Wer aber ist der Unterzeichner dieses Schreibens? Der Amtsgerichtsrat Sterling, der Vorsitzende des Deutschen Jugendbundes. Wir würden einen Mann, der solche bewußte Unwahrheiten mit seinem Namen deckt, unter allen Umständen als Richter ablehnen, ganz abgesehen von dem weiteren Umstand, daß Herr Sterling zweifellos eine Zierde des republikanischen Richtertums ist.

Die Sorgen des Oberpostdirektors

Die höhere Bürokratie kann sich noch immer nicht den Änderungen entschlagen, welche Charakteristika des alten Obrigkeitsstaates waren. In den Änderungen gehörte auch das lächerliche, typisch deutsche Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen. Der Herr Vorgesetzte befiehlt und die Untergebenen haben in Demut zu erfinden. In dieser Art Vorgesetzten gehört der Leiter des Berliner Postfachamts, Oberpostdirektor Schild, wofür der nachstehende Ufa's zeugt:

Berlin NW., den 2. Mai 1922.

Beamte und Angestellte, die beim Postfachamt schon lange beschäftigt sind, haben gelegentlich erklärt, mich nicht zu kennen. Von jeder beim Postfachamt tätigen Person muß verlangt werden, daß sie ihre Dienstvorschriften, besonders den Amtsvorsteher, kennt. Dazu bietet sich hinreichend Gelegenheit.

Es wird erwartet, daß sich die Beamten und Angestellten über Personen unterrichten, die sie in den Diensträumen wiederholt sehen und von denen es nicht zweifelhaft sein kann, daß sie zu den Vorgesetzten gehören. Angaben, länger hier beschäftigte Vorgesetzte nicht zu kennen, können künstlich nicht als stichhaltige Entschuldigung angesehen werden.

ges. Schild, Ober-Postdirektor.

Zweifellos sind die Mängel in Wiesberg Reich nur darauf zurückzuführen, daß die Herren Ober-Postdirektoren von ihren Untergebenen nicht gekannt und gebührend beachtet werden.

Die eingeschüchterten Artilleristen

Die bloße Ankündigung der Arbeiterschaft von Potsdam und Nowawes, den am Sonnabend, den 6. Mai, geplante, Artilleristen durch eine Gegendemonstration zu begrüßen, hatte genügt, um die Herrn Artilleristen und Monarchisten zu einer wesentlichen Änderung ihres ursprünglichen Programms zu veranlassen. Statt der projektirten öffentlich monarchistischen Schauvorstellung versammelten sich die Artilleristen im Kasino des Westens, wo sie unter der sorgsam Bewachung durch die Potsdamer Schupo tagten, patriotische Reden über sich ergießen ließen und „Deutschland, Deutschland über alles“ und „Heil dir im Siegerkranz“ und ähnliche Lieder brüllten.

War die Schar der versammelten Artilleristen nicht allzu groß, so war der Aufmarsch der Arbeiterschaft — die drei politischen Parteien und die Gewerkschaften hatten gemeinsam hierzu aufgerufen — um so imposanter. Trotzdem vorher schon bekanntgeworden war, daß der Artilleristentag den ursprünglich geplanten öffentlichen Charakter nicht haben werde, hatten sich mindestens 6000 Arbeiter auf dem Vossplatz in Potsdam eingefunden. Hier sprachen Henning Dunderstadt, Dr. Luchowski (Janos Wrobel) und Kahler. Von einem Umzug wurde Abstand genommen, weil infolge der Programmänderung der Artilleristen hierzu kein Anlaß mehr vorlag. Auf jeden Fall zeigte der Verlauf der Ereignisse am Sonnabend, daß den Monarchisten selbst in Potsdam der Mut zu einer frechen Provokation fehlt, falls die Arbeiterschaft geschlossen auf dem Posten ist.

Gewissermaßen ein Nachspiel der Arbeiterkundgebung am Sonnabend war eine Demonstration der sozialistischen Jugend am Sonntag auf dem Vossplatz in Potsdam. Etwa 2500 Jugendliche aus Potsdam und Umgebung und aus Berlin hatten sich eingefunden.

Unten durch gefallen!

Um den Vorfall im Landtag der Provinz Sachsen zu erlangen, hatten sich die Deutsche Volkspartei und die Deutschen Nationalen zu einer bürgerlichen Vereinigung zusammengeschlossen. Aber die übergroße Mehrheit der Landtags fiel auf diesen Janber der „härtesten Fraktion“ nicht herein, wozu vielmehr mit 70 gegen 30 Stimmen den Reichssozialisten Oberbürgermeister Veim's-Magdeburg zum Vorsitzenden. (Im Landtag stehen 51 sozialistische Stimmen 56 der genannten bürgerlichen Parteien gegenüber.) Zum Vizepräsidenten wurde der Kommunist Fiedler-Galle gewählt. Er erreichte die Mehrheit, indem zwei Demokraten weiße Zettel abgaben. Bei der weiteren Zusammenfassung des Büros lehnten die Reichsparteien jede Mitarbeit ab, da sie es nicht mit ihrer Würde vereinbaren konnten, in einem Landtag mitzuarbeiten, dessen Vizepräsident ein Kommunist sei.

Vertagung des preussischen Landtags

Der preussische Landtag hat seine Plenarverhandlungen auf Montag, den 15. Mai, nachmittags 1 Uhr, vertagt, nachdem er in seiner letzten Sitzung am Sonnabend verschiedene kleinere Vorlagen erledigt hatte.

Ein Wirtschaftsabkommen mit Finnland. Zwischen Deutschland und Finnland ist ein provisorisches Wirtschaftsabkommen abgeschlossen, in dem die Frage der Handelsreisen und der Rauffahrtsschifffahrt sowie die konsularischen Vertretungen bis zum Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages geregelt werden. Die Frage der deutschen Zivilschäden in Finnland soll in einem besonderen Abkommen geregelt werden.

Wie man die Kriegsoffer behandelt

Der Reichshand der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen schreibt uns: Nach § 63 des Reichsversorgungsgesetzes beginnt gegenwärtig das Ruhen der Renten der Kriegsbekämpften und Kriegshinterbliebenen bei einem steuerpflichtigen Einkommen von mehr als 7000 M. in Höhe von 1/10. Mit jedem weiteren 1000 M. Einkommen ruht ein weiteres Zehntel der Rente, so daß bei mehr als 14 000 M. eine solche überhaupt nicht mehr gewährt wird. Seit dem 1. 1. 1921 sind diese Einkommensgrenzen nicht mehr erhöht worden, obwohl der Reichsrat es abgelehnt hat, Kürzungen bei Pensionen der Reichsbeamten, die ein viel höheres Einkommen wie die Kriegsbekämpften haben, vorzunehmen. So bezieht der Direktor des Hauptversorgungsamtes Berlin ein Gehalt von mehr als 100 000 M. und daneben trotz seines hohen Einkommens eine Pension von 20 000 M. unverkürzt. In der vorigen Woche ist den Organisations der Kriegsbekämpften ein Entwurf zu einer Verordnung zugegangen, durch die die Einkommensgrenzen des Reichsversorgungsgesetzes erhöht werden sollen. Obwohl die vom Statistischen Reichsamte selbst errechneten Lebenshaltungskosten seit 1. 1. 1921 um 155 Prozent gestiegen sind und die Kürzungsgrenzen bis jetzt schon zu niedrig waren, will das Reichsarbeitsministerium diese nur um 3000 M. pro Jahr erhöhen. Die Grenze, von der ab Elternrente bezogen werden kann, die gegenwärtig 3000 M. steuerpflichtiges Jahreseinkommen beträgt, soll um ganze 600 M. für einen Elternanteil und 1200 M. für beide Eltern erhöht werden. In schon ein solches Beginnen der Reichsregierung dazu angeht, den schärfsten Protest der Kriegsbekämpften und Kriegshinterbliebenen hervorgerufen, so schlägt es nachgerade dem Fuß den Boden aus, wenn bei Uebermittlung des unzulänglichen Entwurfs das Reichsarbeitsministerium im Begleitbrief schreibt, daß es zur gemeinsamen Besprechung in Kürze einladen werde, aber ohne eine solche Einladung jetzt den Organisations mitteilt, daß schon am Donnerstag dieser Woche der Reichsrat über den Entwurf beraten wird. Nach dem RVO. hat nur dieser, nicht auch ein Ausschuss des Reichstages seine Zustimmung zur Erhöhung der Kürzungsgrenzen zu geben. Wer geglaubt hat, daß die in Aussicht gestellte Besprechung auf die Gestaltung des Entwurfs Einfluß haben könnte, täuscht sich gewaltig. Denn das Reichsarbeitsministerium hat ein neues Schreiben verfaßt, nach dem, wenn es gewünscht werde, am Mittwoch, also am Tage vor der Beschlusfassung, im Reichsrat der zuständige Abteilungsdirigent zu einer evtl. Besprechung zur Verfügung stehe. Daß eine solche Besprechung überhaupt keinen Wert haben kann, wird noch klarer, wenn man berücksichtigt, daß das Reichsarbeitsministerium bis jetzt bei ähnlichen Anlässen, insbesondere in der Frage des Ausleihs der Teuerung, auf einmütig geäußerte, vollberechtigte Wünsche der Kriegsbekämpften und Kriegshinterbliebenen-Organisationen nicht reagiert, sondern Gesandtschaften dem Reichsrat und Reichstag immer so zugesandt hat, als wenn eine Besprechung überhaupt nicht stattgefunden hätte. Das Reichsarbeitsministerium braucht sich nicht zu wundern, wenn unter solchen Verhältnissen die Erbitterung unter den Opfern des Krieges täglich größer wird. Diese haben ja nach solcher Gesetzesmacherei nur verdient, daß ihre wohlverdienten Rechte mit Füßen getreten werden.

Die Teuerungswelle

Ernährung, Kleidung und Wohnung kosten mehr

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten hat sich im April weiter fortgesetzt. Die vom Statistischen Reichsamte auf Grund der Erhebungen über den Aufwand für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung einer fünfköpfigen Familie berechnete Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ist im April auf 3175 (sonach fast das Doppelte gegenüber 1913/14) gestiegen. Der Vergleich mit dem Vormonat ist diesmal nicht ohne weiteres gegeben, da nach den Beschlüssen der statistischen Ämter wesentliche Änderungen in der Berechnungsweise der Teuerungszahlen eintraten mußten. Berechnet man die Märzindexziffer nach der neuen Methode, so beträgt sie 2699 (gegenüber 2902 nach der alten Methode). Die Steigerung der Lebenshaltungskosten beträgt also von März auf April 20,3 vom Hundert.

Wenig stärker als die Gesamtausgaben sind die Ernährungsindexziffern gestiegen. Die Reichsindexziffer für die Ernährungsindexziffer beträgt im Durchschnitt des Monats April 1926. Vergleicht man auch hier für März die neuen Berechnungsvorgänge zugrunde, so ergibt sich für diesen Monat eine Ernährungsindexziffer von 2602 (gegenüber der alten von 2152). Die Kosten für die Ernährung sind sonach im Reichsdurchschnitt von März auf April um 20,9 v. H. gestiegen.

Zu der Erhöhung der Lebenshaltungskosten haben mehr oder minder fast alle Lebensmittel beigetragen. Nur Eier und Spinat sind, der Jahreszeit entsprechend, überall etwas billiger geworden. Eier und dort zeigt sich auch ein geringes Nachlassen der Preise für Zette (Butter und Margarine) und Fische. Wurstfleisch und Schweinefleisch sind im ganzen um mehr als 25 v. H. gegen den Vormonat gestiegen, auch Kartoffeln haben weiter im Preise angezogen. Sehr bedeutend ist die Erhöhung der Preise für Brennstoffe.

Wesentlich trug auch die Erhöhung der Zuschläge zu den Wohnungsmieten zu der Steigerung der Lebenshaltung bei, ganz zu schweigen von der Teuerungswelle für alle Textilwaren.

Letztlands Verfassung. Durch einen Beschluß der Verfassungskommission der lettischen Volksvertretung tritt die lettische Verfassung am 4. November 1922 in Kraft. Die Wahlen zum ersten verfassungsmäßigen Parlament finden am 30. September und 1. Oktober, die erste Sitzung des Parlaments am 7. November statt.

Vor einer neuen Choleraepidemie in Rußland. Nach amtlichen Berichten sind bereits bis zum 15. April über 2000 Cholerafälle registriert worden. Als durch die Cholera besonders gefährdet werden die Gebiete folgender Bahnhöfe bezeichnet: Süd-U-Bahnen, Kasan-Ural, Sostran-Wjasma, Moskwa-Kasan sowie alle kaukasischen und ukrainischen Bahnen. Somit bedroht die Cholera den gesamten Osten, Südosten, Süden und Südwesten der Sowjetrepublik. Sämtliche männlichen Ärzte, die im Jahre 1922 die Unversehrten absolvieren, werden mobilisiert und in die Rote Armee eingereiht. Die Dauer des obligatorischen Dienstes in der Armee ist auf zwei Jahre festgelegt.

Groß-Berlin

Das weiße Lagen

Cocain, ein weißes, kristallines Pulver, findet bekanntlich Anwendung in der ärztlichen Praxis als betäubendes oder schmerzstillendes Mittel. Es blies und bleibt aber nicht in den Händen des Arztes zur Verordnung in weißer Dosis. Verweilte, Glende, Menschen mit Seelenweh, Menschen, die ihren Körper und Geist zu gesteigerter Kraftleistung anpeitschen wollen, sie alle greifen nach dem lauernden Pulver, diesem Todesstobold. Erst haben sie alle Gewalt über das Pulver. Aber der Dämon, den es birgt, will herrschen und er kommt zur Herrschaft — es kommt ganz unmerklich die Minute, die aranea, in der das Cocain seine Herrschaft über den Menschen antritt, brutal, aufpeitschend die Nerven, lähmend die Energie, mit acbieterischer Gedärde den Weg zur Selbstvernichtung, zur Auflösung weisend. Das ist das siegende weiße Lagen! — Alle kennen den Weg, den sie gehen, sie sehen den Abgrund, der ihrer wartet — Vernichtung der Persönlichkeit, Auslöschung des Geistes, Zerstörung der Familie. — Sie leben es mit frampfhaft abhalten Können, bleichen Jagen, sie hieren auf das Wächeln der weißen Sphinx — sie können nicht mehr aus ihren Fesseln, sie schauen aus nach Hilfe, voller Angst leben sie hinter dem weißen Lagen Wahnstun und Tod.

Die Suche des Cocaingebrauches ist in erschreckendem Maße verbreitet. Auch er ist eine Folge des gesteigerten Glücks, das erneuerliche Menschen zu betäubenden Mitteln greifen läßt. Hohe Menschenwerte neben äänastig wertlosen, geistig und moralisch zerrütteten Existenzen leben durch diese Suche auf dem Etat des sicheren Unterganges — des langsamen Selbstmordes. Die Cocainisten leben gemäß der Theorie des Professors Gruber, der bekanntlich die Ansicht vertritt, daß 10 Millionen Deutsche zuviel vorhanden sind. Was sich in den Cocainhöhlen abspielt, ist eine Tragödie, deren Größe jeden Beobachter aufs tiefste erschüttert.

Das Ende der städtischen Kraftfahrzeugsteuer

Auch die Stadt Berlin hat im vorigen Jahr eine Kraftfahrzeugsteuer für Privatautomobile eingeführt. Inzwischen ist diese Steuer aber vom Reich in Anspruch genommen und Reichsgelei geworden. Die Gemeinden erhalten danach nur einen Anteil an dieser Reichssteuer. Die eigene Kraftfahrzeugsteuer fällt weg. Infolgedessen hat der Berliner Magistrat in dem neuen Haushaltsplan die Kraftfahrzeugsteuer mit einem 1,3 Millionen geringeren Betrag, d. h. mit einer Gesamteinnahme von 3,7 Millionen eingestellt. Soweit von den Gemeinden noch Fahrzeugsteuern geplant sind, sprechen sich die preussischen Minister des Innern und der Finanzen in einem Schreiben an die Oberpräsidenten gerichteten Erlaß gegen die Zulässigkeit derartiger Steuern aus. Durch das Reichsgelei sind die Kraftfahrzeuge dem steuerlichen Zugriff der Gemeinden entzogen. Die Besteuerung der übrigen Fahrzeuge ist dem Landesrecht vorbehalten, und zwar mit der Bestimmung, daß der Ertrag dieser Steuern zugunsten der öffentlichen Wegeunterhaltung verwendet werden muß. — Sobald in den einzelnen Ländern eine derartige allgemeine Kraftfahrzeugsteuer in Kraft tritt, erhalten diese vom Reich den auf sie entfallenden Anteil am Aufkommen der Reichs-Kraftfahrzeugsteuer, ebenfalls mit der Bestimmung, diese Gelder zur Unterhaltung der Wege zu verwenden. Das für Preußen zu erlassende Landesfahrzeugsteuergesetz wird gegenwärtig vorbereitet und voraussichtlich im Laufe dieses Sommers dem Landtag vorgelegt werden. Aus diesen Gründen kann den Gemeinden zurzeit nicht gestattet werden, eigene Fahrzeugsteuern einzuführen.

Im Zusammenhang hiermit sei mitgeteilt, daß der Reichsverkehrsminister den Verkehr mit sogenannten Raupenschleppern, die in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben verwendet werden, für zulässig erklärt hat. Diese sollen nicht unter das Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Mai 1909. Diese Fahrzeuge sollen lediglich nach allgemeinen polizeilichen Grundregeln durch die Disziplinärpolizei zugelassen werden.

Hauswirtin und Polizei

Aus Dersdorf geben uns Mitteilungen zu, deren Unterlagen ein gewisses Gegenstück zu der pathologischen Schickung des berühmten Herrn v. Köhne bilden. Eine an sich nicht seltene Differenz zwischen Mietern und Vermieterin gab der offenbar sehr resoluten Hauswirtin Frau Richter, Kaiserstraße 16, Gelegenheit, vier oder fünf Schüsse in die Richtung der hinteren Eheleute abzufeuern, wodurch ein völlig unbeteiligter Schlosser in den Rücken getroffen wurde. Leute, die auf das Fallen der Schüsse den Bedrohungen zu Hilfe eilen wollten, trat die Richter mit den Worten entgegen: Wer hier ins Haus kommt, wird niedergeschossen.

Mehr wie seltsam mutet nun die weitere Entwicklung der Dinge an. Frau Richter wurde von der Schnupf verhaftet und die Zeugen aufgefördert, nach der Wache zur Vernehmung zu kommen. Die rentierte Hauswirtin wurde jedoch nach einer Stunde entlassen und anwesenden Zeugen von dem Kriminalwachmeister Brandt eröffnet, daß Frau Richter Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs gestellt hätte. Eine Vernehmung der Richter wegen der Schießerei hatte der gute Mann nicht für notwendig gehalten. Das hätte, seiner Meinung nach, noch Zeit.

Inzwischen ist allerdings die Revolverheldin vom Wachmeister Brandt vernommen worden, aber erst auf Anzeig des verwundeten Schlossers hin. Wie uns berichtet wird, ist auch bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet. Auf jeden Fall haben die in Frau kommenden Behörden die Aufgabe, das merkwürdige Verhalten des Kriminalwachmeisters Brandt sehr kritisch unter die Lupe zu nehmen.

Auch ein „Studentenulk“

Wegen fortgesetzten Taschendiebstahls verhaftet wurden ein sub. Ing. Walter Habermann und sein Bruder sub. med. Hugo. In späten Abendstunden fanden in der Friedrichstraße oder sonst auf einer belebten Straße zwei lustige junge Männer, die eine Kognakflasche schwaugen und Vorübergehenden einen Trunk daraus anboten. Sie wandten sich jedesmal an Leute, die schon mindestens edensviel getrunken hatten, wie sie selbst getrunken zu haben schienen. Diese gingen leicht auf den vermeintlichen Studentenulk ein, nahmen wohl auch einen „Schluck aus der Pille“ und gingen dann vergnügt weiter. Erst nachher entdeckten sie, daß einer von ihnen die Reche mit seiner goldenen Uhr und Kette bezahlt hatte. Eine kleine Feherei in der Geroldstraße lieferte jetzt endlich zunächst Walter Habermann der Kriminalpolizei in die Hände.

Er hatte es auf einen Herrn abgesehen, dem er sich als Student von Kaufen vorstellte. Nach der Feherei bestiegen beide einen Straßenbahnwagen. Während der Fahrt verfuhrte der angebliche von Kaufen seinem neuen Bekannten in einem geeigneten Augenblick Uhr und Kette abzuknöpfen. Sein Beginnen wurde aber diesmal beobachtet. Man nahm ihn fest und übergab ihn der Kriminalpolizei. Jetzt stellte sich heraus, daß der Taschendieb, gegen den schon mehrere Anzeigen vorlagen, wirklich ein Student war, daß er sich aber einen falschen Namen beigeleiat hatte. Sein Bruder Hugo wurde später ebenfalls ermittelt und festgenommen.

Die Vollmilkkarten für Monat Juni 1922 werden von den Brotkommissionen der Verwaltungsbezirke (Alt Berlin) Mitte, Tiergarten, Wedding, Prenzlauer Berg, Friedrichshain (einschl. Stralau) und Kreuzberg für die Kinder im 1. und 2. Lebensjahre (Belieferungsmenge 1/2 Liter) von Montag, den 8. bis Mittwoch, den 10. Mai 1922 für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre (Belieferungsmenge 1/2 Liter) von Donnerstag, den 11. bis Sonnabend, den 13. Mai 1922 verausgibt. Außerdem werden A-Karten (Karten für werdende Mütter) bei Anmeldung der Schwangerschaft für drei Monate (für den 7., 8. und 9. Monat der Schwangerschaft) mit einer Belieferungsmenge von 1/2 Liter ausgegeben. Die Milkarten dürfen in sämtlichen Milchgeschäften und Kuhställen bis zum 24. Mai 1922 zur Anmeldung gebracht werden.

Die Fremdenunterkunft in Berlin, schon in gewöhnlichen Zeiten schwierig, bildet angesichts der bevorstehenden Massenbesuche, Kampfspiele, Ausstellungen, Kongresse usw. den Gegenstand erster Sorge. Nach längeren Verhandlungen mit dem Magistrat bzw. mit dem Wohnungsamt der Stadt Berlin wird die Zentralstelle für den Fremdenverkehr Groß-Berlins an die Organisation einer Fremdenunterbringung in Privatwohnungen nach dem Muster der Reichshauptstadt Leipzig, Frankfurt usw. gehen. Das Städtische Wohnungsamt für Berlin weist hat die Erklärung abgegeben, „daß das Publikum nicht zu befürchten braucht, durch die der Zentralstelle für den Fremdenverkehr Groß-Berlins gemachten Meldungen irgendwie von den Wohnungsämtern behelligt zu werden.“ Nunmehr wird die Zentralstelle für den Fremdenverkehr Groß-Berlins im Hinblick auf die bevorstehenden Massenbesuche an die Einwohnerstadt Berlin mit der dringenden Bitte herantreten, in Fällen, wo die Aufnahmefähigkeit der Hotels verlagert, tageweise Zimmer für Fremde gegen ein angemessenes Entgelt zur Verfügung zu stellen. Ein für diesen Zweck eingerichtetes Büro, „Abce“, (Unterstützungsvermittlung der Zentralstelle für den Fremdenverkehr Groß-Berlins), im Mitteleuropäischen Reisebüro am Potsdamer Bahnhof, wird schriftliche Meldungen entgegennehmen, mit den Wohnungsinhabern sich in Verbindung setzen und ihnen bei Bedarf genügend empfohlene oder legitimierte Fremde zuweisen.

Wer hat Streichhölzer? Die Ladeninhaber weisen die Schuld an dem Streichhölzermangel, der wieder eingelebt hat, von sich. Sie behaupten, von den Händlerrfabriken überhaupt keine Ware erhalten zu können. Das mag insofern stimmen, als die Fabriken erklären, zur Vermeidung der Preistreiberei nur ihre regelmäßigen Kunden zu bedienen. Als solche Kunden kommen in der Hauptsache die Großhändler in Betracht. Hier scheint der Haken zu liegen. Zwischen Großhändler und Ladeninhaber hat sich der wuchernde Zwischenhandel eingeschoben. Während die kleineren Ladeninhaber wenig oder gar keine Streichhölzer haben, werden diese im Straßenhandel und durch Hausierer massenhaft angeboten, vielfach zu Wucherpreisen, besonders wenn die Hölzer nicht in den üblichen Schachteln, sondern in Papppullen verpackt sind. An allen Verkehrsknotenpunkten und in sonstigen Laugenden, auch auf den Wochenmärkten, sind die Streichhändler mit Streichhölzern zu Dutzenden zu finden. Auf welchem Wege sind die Streichhändler und Hausierer in den Besitz der Ware gelangt? Es liegt offenbar viel weniger Hamsterei als ein zu Wucherpreisen organisierter Zwischenhandel vor. Manche Ladeninhaber, die Streichhölzer haben, geben diese im Paket für 7,50 Mark ab, was als ein der Teuerung entsprechender Preis zu bezeichnen ist.

Sammelkarten. In der Durchführung des Beschlusses der Berliner Stadtverordnetenversammlung wird die Berliner Straßenbahn demnächst Sammelkarten für sieben Fahrten herausgeben, die 20 M. kosten werden. Wie wir hören, sind die Vorbereitungen für die Einführung der Sammelkarten jetzt so weit getroffen, daß sie in etwa 10 Tagen wieder eingeführt werden können. Die Karten werden ähnlich wie die früheren Sammelkarten an drei Seiten sieben Abschnitte enthalten, von denen bei jeder Fahrt einer entwertet wird. Ein Unterschied gegenüber den alten Karten besteht darin, daß die Benutzungsbedingungen auf der Rückseite der Sammelkarte ausgedruckt sind, auf der, ebenso wie bei den alten Karten auf der Vorderseite, ein Mutter gegen Fälschungen eingedruckt ist. Die Vorderseite ist mit der Nummer und Serienbezeichnung versehen und enthält außerdem noch einen kleinen Raum für Reflamazwecke. Die Ausgabe der ersten Sammelkarten auf der Straßenbahn wird voraussichtlich am 10. Mai beginnen können.

Auch die Apotheke soll ein schlechtes Geschäft geworden sein. Die Apotheke galt bisher als besonders gutes Geschäft; nannte man doch die Apotheker Neumundneuziger, weil sie bei ihrem Verkauf 90 Prozent verdienten. Auch dies scheint jetzt anders geworden zu sein. Die Apothekendieser Klagen und behaupten, daß sie sich in einer bedrängten wirtschaftlichen Lage befinden. Um eine Unterlage für eine Erhöhung der Arzneipreise zu erhalten, hatte der Vorstand des Deutschen Apothekervereins die Besizer aufgefördert, Angaben über den Ertrag ihrer Apotheken dem Reichsgesundheitsamt zu überreichen. Es gingen aber nur ganz wenig Antworten ein. Auch war die Mehrzahl der Abschlußzahlen wenig brauchbar. Der Minister für Volkswohlfahrt hat deshalb den Vorstehenden der Apothekerkammern jetzt ausführliche Fragebogen über den Ertrag der Apotheken zugesandt. In jedem Bezirk sollen mindestens 12 Prozent der Apothekenvorstände ausgewählt und zur Ausfüllung der Bogen veranlaßt werden. Einnahmen und Ausgaben sollen darin genau nach den verschiedenen Arten aufgeführt und das Ergebnis mitgeteilt werden.

Ueberfall auf einen Droschkentischer. Der 46 Jahre alte Droschkentischer Rudolf Chervanek aus der Oldenburger Straße 11 wurde in der Sonnabend-Nacht gegen 11 Uhr in der Nähe des Schillerparks von seinem Fahrgast während der Fahrt rücklings überfallen und durch mehrere heftige Schläge mit einem Hammer am Kopf schwer verletzt. Als er blutüberströmt zusammenbrach, eilten Passanten herbei, die den Täter derart verprügelten, daß er besinnungslos liegen blieb. Man brachte den Auslöser und den Fahrgast nach dem Paul-Gerhard-Spital. Nach vorgeschundenen Papieren ist der Täter der 27 Jahre alte Arbeiter Joseph Duowski aus Reinickendorf-West.

